



# Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

## **StuPa-Präsidium**

Solveig Klebert  
Matthias Zipse  
Joshua Gottschalk

Max-Horkheimer-Straße 15  
Gebäude ME, Ebene 04  
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de  
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, den 10.12.2024

## **Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 04.12.2024**

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 19:18 Uhr

Ort: AStA-Großraumbüro (ME04)

**Redeleitung:** Joshua Gottschalk

**Protokoll:** Matthias Zipse

**Anwesende Parlamentarier\*innen:** Matthias Zipse, Leander Goecke, Joshua Gottschalk, Laura Schardt, Joshua Vohwinkel, Kai Radant (Vertretung für Erik Bamfaste), Marcel Klein, Lilith Wemper, Lea Hochkirchen, Kristin Krebs, Paul Heinisch, Aaron Weiß, Selin Akdağ, Lorenz Buß (Vertretung für Luca Storms), Florian Möschler, Alexander Beek, Maximilian Arsenio Laub (Vertretung für Vanessa Brisch), Daniel Müller

**Abwesende Parlamentarier\*innen:** Solveig Klebert (entschuldigt), Erik Bamfaste (vertreten), Vanessa Brisch (vertreten), Luca Storms (vertreten), Simon Villa-Ramirez (vertreten), Vincent Flottmeier

**Gäste:** Till Sörensen-Siebel (AStA-Vorsitz)

### **TOP 1 Begrüßung und Regularien**

Joshua Gottschalk eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr.

Joshua stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Parlament ist mit 14 anwesenden Parlamentarier\*innen beschlussfähig.

Matthias stellt die Tagesordnung vor:

- TOP 1 Begrüßung und Regularia
- TOP 2 Abstimmung über den Haushaltsabschluss 2023/24
- TOP 3 Anträge
- TOP 4 Berichte aus den Gremien
- TOP 5 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP 6 Sonstiges und Termine

Die Tagesordnung wird mit 14/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen.

*Selin, Daniel und Joshua V. betreten um 18:08 Uhr die Sitzung. Das Studierendenparlament ist nun mit 17 Mitgliedern beschlussfähig.*

Simon Villa Ramirez hat einen Initiativantrag eingereicht.

8 MdSP (Mitglieder des Stupas) stimmen der Behandlung des Antrages zu.

Paul Heinisch hat einen Initiativantrag eingereicht.

8 MdSP stimmen der Behandlung des Antrages zu.

Leander ist für Ida Reddemann ins StuPa nachgerückt.

*Aaron betritt um 18:12 Uhr die Sitzung. Das Studierendenparlament ist nun mit 18 Mitgliedern beschlussfähig.*

Die Protokolle der StuPa-Sitzungen am 11.09.2024 werden mit 12/0/6 und am 06.11.2024 13/0/3 angenommen.

Lea ist aus dem Haushaltsausschuss ausgeschieden, Kai wurde zum neuen Vorsitzenden, Matthias zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

## **TOP 2 Abstimmung über den Haushaltsabschluss 2023/24**

Die vergangenen Stupas haben nicht über den Abschluss abgestimmt, die Univerwaltung möchte das aber unbedingt von uns. Ob das so richtig ist, werden wir noch erforschen.

Kai stellt die Stellungnahme des Haushaltsausschusses vor: „Der Haushaltsausschuss stellt fest, dass das Haushaltsjahr mit einem Überschuss von 93 809,41 € abgeschlossen wurde. Der Haushaltsausschuss empfiehlt mit dem nächsten Nachtragshaushalt Anpassungen im aktuell gültigen Haushaltsplan vorzunehmen, sodass eine Überziehung in den Titeln 23123 und 23162 vermieden wird. Die Überziehungen in den Haushaltstiteln 23190, 23422 und 24290 sind auf einmalige Effekte zurückzuführen und haben keine Bedeutung für künftige Haushalte. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Studierendenparlament das Rechnungsergebnis wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen.“

Es gibt keine Rückfragen.

Soll das StuPa der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen und den Abschluss bestätigen?  
18/0/0 angenommen.

### TOP 3 Anträge

Lea stellt folgenden Antrag vor:

Antragstitel: Resolution gegen Stalking

Antragssteller\*in: Lea Hochkirchen und Fabienne André (für das autonome feministische Referat für FLINTA\*)

Antragstext: In den vergangenen Monaten kam es in den Wohnheimen des Studierendenwerks Wuppertal wiederholt zu Fällen von Stalking und anderen Übergriffen mit patriarchalem Charakter, denn es handelt sich vor allem um weiblich gelesene Betroffene und männlich gelesene Täter. Ein besonders besorgniserregender Vorfall war das unbefugte Eindringen in eine Wohnung. Diese Vorfälle gefährden das Sicherheitsgefühl der betroffenen Studierenden und beeinträchtigen ihr Recht auf ein gewaltfreies und respektvolles Wohnumfeld. Als Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal stehen wir solidarisch an der Seite der Betroffenen und fordern umgehend wirksame Maßnahmen. Wir setzen uns für eine Universität und ein Studierendenwerk ein, die konsequent gegen Gewalt und Diskriminierung vorgehen und in denen sich alle Studierenden sicher fühlen können. Die bisher getroffenen Maßnahmen des Studierendenwerks, welche vor allem eine „Sensibilisierungskampagne“ umfassen, die auf „Eigenschutz und Zivilcourage“ setzt, sehen wir als höchst problematisch, da sie vor allem auf die Selbstverantwortung und -verteidigung der Studierenden setzt. Die Universität und das Studierendenwerk entziehen sich damit ihrer Verantwortung, Studierende zu schützen. Darüber hinaus wurde eine Informationsveranstaltung mit der Polizei angeboten, die zum einen zu einer Zeit stattfand, in der die meisten Studierenden in Seminaren und Vorlesungen eingebunden waren, zum anderen wurde auch in dieser die Verantwortlichkeit auf Betroffene verlagert, da diese „Tipps“ zu Verhaltensweisen in Gefahrensituationen erhalten sollen. Darüber hinaus sehen wir die Polizei nicht als angemessene Ansprechstelle für Betroffene, insbesondere marginalisierte Gruppen, wie u.a. Studierende, die von Rassismus betroffen sind. Dies ist auch im Hinblick auf die Vorfälle rechter Gewalt (Hakenkreuze auf Gehwegen, Bedrohung von Studierenden) im Besonderen zu berücksichtigen. Deswegen fordern wir vom Studierendenwerk Wuppertal und der Bergischen Universität:

1. Transparente Kommunikation und Sensibilisierung der Hochschulgemeinschaft: Wir fordern das Studierendenwerk und die Bergische Universität auf, diese Vorfälle offen zu kommunizieren, um das Bewusstsein in der gesamten Hochschulgemeinschaft zu schärfen. Präventive Maßnahmen sind nur dann wirksam, wenn alle Studierenden sich über potenzielle Risiken im Klaren sind und über Wege zur Unterstützung und Meldung informiert werden.
2. Einrichtung einer unabhängigen Melde- & Anlaufstelle für Betroffene:
  - Das Studierendenwerk muss eine niedrigschwellige und unabhängige Anlaufstelle für Betroffene von Stalking und Übergriffen einrichten, die vertrauliche Beratung und Unterstützung bietet. Die Anlaufstelle sollte auch rechtliche Informationen, psychosoziale Betreuung und die Weiterleitung an spezialisierte Beratungsstellen umfassen. Zusätzlich fordern wir eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Beratungsstellen und Fachorganisationen, um ein umfassendes Unterstützungsnetzwerk zu schaffen.
  - Sofern der Meldestelle die Täter namentlich bekannt sind, soll sich darum bemüht werden, dass auch Täter\*innenarbeit geleistet wird. Dies kann z.B. durch persönliche Gespräche oder eine Weiterleitung an bestehende Angebote erfolgen. Eine Kooperation mit der Fachstelle Gewaltprävention der Caritas im Kreis Mettmann ist zu prüfen.

3. Verbesserung der Zugangskontrollen und Schließsysteme sowie Beleuchtung in den Wohnheimen:
  - Moderne Schließsysteme: Das Studierendenwerk soll die Schließsysteme der Wohnheime modernisieren und für jeden Wohnbereich sichere Zugangsmechanismen einführen, um das Eindringen Unbefugter zu verhindern.
  - Verteilung von Informationsmaterial zu Sicherheit und Notrufkontakten: In den Eingangsbereichen und Gemeinschaftsräumen der Wohnheime soll Informationsmaterial zu Notrufnummern und Anlaufstellen bereitgestellt werden, sodass Studierende jederzeit schnelle Hilfe anfordern können.
  - Funktionierende Beleuchtung: Die bestehende Beleuchtung muss überprüft (zum Teil repariert) und fehlende Beleuchtung an nicht einsehbaren Stellen (bspw. Gebüsch, dunklen Ecken) angebracht werden. Ob die Beleuchtung funktionsfähig ist, soll auch anschließend regelmäßig überprüft werden.
4. Sensibilisierung und Schulung des Personals sowie der Studierenden:
  - Workshops und Schulungen: Wir fordern verpflichtende Workshops für Mitarbeitende des Studierendenwerks und die Studierenden, die über Themen wie Stalking, Belästigung, rechte Gewalt und Gewaltprävention aufklären und Präventionsmaßnahmen vorstellen. Diese Workshops sollen auch Möglichkeiten aufzeigen, wie Betroffene Unterstützung finden können.
  - Awareness-Arbeit und Ansprechpersonen vor Ort: Zusätzlich sollen Awareness-Teams eingerichtet werden, die in den Wohnheimen als Ansprechpersonen für Fragen, Aufklärung und erste Hilfe zur Verfügung stehen. Diese Teams sollen entsprechend geschult und regelmäßig sichtbar sein, um das Sicherheitsgefühl der Studierenden zu stärken. Wichtig ist hier ein diskriminierungssensibles Team. Die bisherigen „Studierenden-Patrouillen“ sind dahingehend unangemessen und fördern eher ein geschlechterstereotypes Bild von „männlichen Beschützern“.
5. Implementierung einer Beschwerde- und Evaluationskommission: Wir fordern die Einrichtung einer Kommission, die sich aus Mitgliedern des Studierendenwerks, der Universität, Bewohner\*innen der Wohnheime und des AStA zusammensetzt. Diese Kommission soll in Zusammenarbeit mit der einzurichtenden Melde- & Anlaufstelle für Betroffene eingehende Beschwerden zu Stalking und Übergriffen prüfen und auf dieser Grundlage weitere Maßnahmen zur Prävention und Verbesserung des Schutzkonzepts entwickeln. Auch regelmäßige Evaluierungen der Maßnahmen sollen durchgeführt werden. Aus Sicht des Studierendenparlaments sind diese Maßnahmen dringend notwendig, um das Sicherheitsgefühl aller Studierenden zu gewährleisten und weiteren Vorfällen entgegenzuwirken.

Florian fragt, warum die Polizei nicht als angemessene Ansprechpartnerin gilt. Diese Vorfälle müssten strafrechtlich verfolgt werden.

Lea antwortet, dass vor allem Mitglieder diskriminierter Gruppen Vorbehalte der Polizei gegenüber haben. Außerdem sei eine Strafanzeige in einem Fall nicht von der betroffenen Person möglich, da die übergriffige Situation im Hausflur stattgefunden hat, wo das Studierendenwerk Hausrecht hat und deswegen Anzeige erstatten muss.

Maximilian erklärt, dass er es eine Schande findet, dass solche Dinge an der Uni stattfinden.

Der Antrag wird mit 18/0/0 angenommen.

Lea stellt folgenden Antrag vor:

Antragstitel: Resolution gegen Rechts

Antragssteller\*in: Lea Hochkirchen, Aaron Weiß, Christian Bensch, David Bachmann, Kai Radant, Laura Schardt, Lilith Wemper, Luca Storms, Matthias Zipse, Marcel Klein, Solveig Klebert (alle Juso HSG oder Die Grüne Liste & Die Linke.SDS)

Antragstext:

Wir, das Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal bekennen uns zu den in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung niedergelegten Menschenrechten sowie zu den Werten der Freiheit und Gerechtigkeit. Deswegen stellen wir uns entschieden gegen jede Form von rechtem Gedankengut und Diskriminierung.

Anlass für diese Resolution sind die jüngst auf unserem Campus vermehrt aufgetretenen menschenverachtenden Schmierereien, z.B. in den Aufzügen bei N.O.S. oder die Hakenkreuze auf dem Gelände des Campus Griffenberg im August. Solche Vorfälle stehen im Widerspruch zu einem offenen, vielfältigen und respektvollen Miteinander, wie es an der Bergischen Universität Wuppertal vorherrschen sollte und sind nicht mit unseren Werten vereinbar.

Wir fordern von der Hochschulgemeinschaft, sich grundsätzlich gegen den erstarkenden Rechtsextremismus zu wehren. Die Hochschule ist in der Verantwortung, Studierende und Mitarbeitende vor rechter Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Es ist essentiell, dass sich alle Menschen an der Universität sicher und respektiert fühlen, damit unsere Universität ein Ort des Austausches, der Wissenschaft und des gemeinsamen Lernens bleiben kann.

Deswegen verpflichtet sich das Studierendenparlament, aktiv gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen und Initiativen zu unterstützen, die für Gleichberechtigung und Vielfalt eintreten. Dies umfasst sowohl die Unterstützung von Bildungsangeboten und Workshops als auch die Zusammenarbeit mit relevanten Gruppen und Gremien. Das Studierendenparlament fordert den AStA auf, weiterhin das Gleiche zu tun. Wir verstehen diese Arbeit gegen Rechts als Teil unseres Auftrags aus dem Hochschulgesetz NRW „auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz [unserer] Mitglieder zu fördern.“ (§53 II 4, HG NRW)

Weiterhin hat diesen Mai die EHEA Ministerial Conference in Tirana sogar den Erhalt der Rahmenbedingungen und die dafür erforderliche Einmischung in den öffentlichen Diskurs als explizite Aufgabe der Akademischen Welt benannt <sup>1</sup>.

Vor diesem Hintergrund fordern wir von der Bergischen Universität:

1. Entfernung diskriminierender Inhalte: Wir fordern die Universitätsleitung auf sicherzustellen, dass alle menschenverachtenden Schmierereien und Symbole unverzüglich entfernt werden.
2. Sensibilisierung und Prävention: Wir fordern die Stärkung von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, um Studierende und Mitarbeitende über rechte Narrative und Formen der Diskriminierung, ihre Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten aufzuklären. In diesem Zuge soll auch auf entsprechende Melde- & Beratungsstellen verstärkt hingewiesen werden.
3. Klare Haltung der Universität: Wir bitten die Universitätsleitung, in einer öffentlichen Stellungnahme klarzumachen, dass rechte Hetze und jede Form der Diskriminierung an unserer Hochschule nicht geduldet werden.
4. Förderung eines offenen Austauschs: Die Hochschule fördert einen offenen und wertschätzenden Austausch über Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus, der sich dabei klar von rechtsextremistischen Ideologien abgrenzt.
5. Unterstützung von Engagement gegen rechte Hetze: Die Hochschule unterstützt aktiv das studentische und Mitarbeitenden-Engagement gegen rechte Hetze.
6. Förderung der Forschung zu Rechtsextremismus: Die Hochschule fördert gezielt Forschungsprojekte, die sich mit den Ursachen, Strukturen, Phänomene und Wirkungen von Rechtsextremismus auseinandersetzen.
7. Ausschluss der AfD und anderer rechter Akteure: Die Hochschule schließt jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen rechter Gruppen aus.

Abschließend möchten wir uns noch an alle Studierenden wenden:

Es liegt in unserer Verantwortung, gemeinsam für eine Universität und eine Gesellschaft einzutreten, die für Offenheit und Respekt steht. Lasst uns Zivilcourage zeigen, menschenverachtendem Verhalten widersprechen und uns solidarisch für die Rechte aller einsetzen.

Nur so bleibt unsere Universität ein Ort der Vielfalt, der Toleranz und der Menschlichkeit.

Oder, um es mit den Worten des Präsidenten der European University Association zu sagen: „Don't take democracy for granted – don't take academic freedom for granted!“

<sup>1</sup> Annex 1 to the Tirana Communiqué - EHEA Statements on Fundamental Values “

Maximilian sagt es sei ja natürlich, dass Hakenkreuze entfernt würden und fragt, wie sichergestellt wird, dass keine neuen Hakenkreuze aufgetragen werden.

Lea erklärt, die Entfernung sei eigentlich nur bei Hakenkreuzen gegeben, da diese verboten seien, andere rechte Schmierereien würden oft nicht einmal entfernt.

Paul appelliert, dass alle ihre Kommiliton\*innen zur Zivilcourage auffordern.

Florian stellt seinen Änderungsantrag vor. Rechts und rechtsextrem gleichzustellen sei auch ein Angriff auf die Redefreiheit von Konservativen, was die liberal-konservative Liste nicht unterstützen könne.

Kai stellt den Änderungsantrag der Juso HSG vor, Punkt 7 durch „Die Hochschule schließt jede Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechtsradikalen Gruppierungen aus. Dabei gilt unter anderem eine partikuläre Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz und eine Nennung auf einer vom StuPa zu beschließenden und fortlaufend geführten Liste rechtsradikaler Akteure in der Stadt und darüber hinaus als Ausschlusskriterium zu beachten.“ zu ersetzen.

Laura stellt die Änderungsanträge zu Punkt 3 und 4 und zu Punkt 5 vor, die vor allem stilistischer Natur sind.

Lea stellt einen Änderungsantrag, einen Satz bei Punkt 5 einzufügen: „Hierfür sollen u. a. Argumentationstrainings gegen rechte Parolen und Workshops, wie man als beobachtende Person in kritischen Situationen eingreifen kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Weitere Workshops sollen anschließend entwickelt werden.“

Selin betont, dass es den Antragstellenden explizit um eine Positionierung gegen rechts und nicht nur Rechtsextreme geht. Es ginge um rechte Narrative.

Alexander kritisiert, alle Erwähnung von „rechts“ durch „rechtsextrem“ zu ersetzen. Politisch motivierte Gewalt sei für ihn immer eine Grenzüberschreitung, sie müsse dafür nicht rechtsEXTREM sein. Er stimmt dem Änderungsantrag der Jusos zu.

Paul kritisiert, den Verfassungsschutz als Referenzrahmen zu benutzen.

Matthias bringt den Änderungsantrag ein, in Punkt 7 „rechts“ durch „rechtsradikal“ zu ersetzen, ebenfalls wegen der Problematik des Bezugs auf den Verfassungsschutz.

Joshua ergänzt, dass auch rechte, bzw. rassistische Parolen von Friedrich Merz (Stichwort Kleine Paschas) an der Universität keinen Platz haben.

Leander schließt sich der Kritik am Verfassungsschutz an und befürchtet, dass ein Bezug auf diesen auch linken oder anderen vom Verfassungsschutz ins Auge gefassten Gruppen schaden könnte.

Lea übernimmt den Änderungsantrag von Matthias.

Till bringt das Beispiel an, dass auch „legale“ Parolen wie „Ausländer raus“ diskriminierend sind, aber beim Begriff „rechtsextrem“ nicht miterfasst würden. Till findet den Antrag der Jusos aus der Sicht des AStAs nachvollziehbar, da eine Art von Referenzrahmen benötigt wird, um geforderte Maßnahmen durchsetzen zu können. Ein Ausschluss vom Campus sei nicht umsetzbar, es gebe keine Berufsverbote und ein Recht auf Bildung.

Kai zieht den Änderungsantrag zu Punkt 7 zurück und betont, dass es hier um ein zusätzliches Kriterium und kein ausschließendes ginge. Es sei also eine Verschärfung von Punkt 7.

Maximilian erklärt, die LHG und der RCDS seien gegen jede Art von politischer Gewalt.

Florian findet es interessant, dass sich die linken Gruppen im StuPa immer so stark gegen die staatlichen Akteure stellen.

Lorenz stellt in Frage, dass nicht jede kleine Splittergruppe vom Verfassungsschutz beobachtet wird/ werden kann. Vielleicht kann da eine Ergänzung zum Änderungsantrag der Jusos zu Punkt 7 gemacht werden.

Lea berichtet, dass andere Gruppen auch eine Liste rechter Akteur\*innen, die in deren Stadt existieren anhängen. Diese müsste aber auch

Marcel plädiert für einen Bezug auf den Verfassungsschutz als pragmatische Übergangslösung, bis eine solche Liste erstellt wird.

Paul betont, dass der Verfassungsschutz selbst von Rechtsradikalen unterlaufen wurde. Jetzt, über 70 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs hätten wir den ersten Verfassungsschutzpräsidenten, der keiner nationalsozialistischen oder rechtsradikalen Gruppierung nahesteht.

Till erklärt, dass die Polizei ein Problem mit Rassismus (racial profiling) und rechten Strukturen (rechte Chatgruppen) hat. Der Verfassungsschutz habe den NSU nicht verhindert. Man könne sich auf die staatlichen Institutionen nicht verlassen, weil diese oft zu spät kommt, um Schlimmes zu verhindern. Er habe eben gerade gesagt, dass mit der Polizei geredet wurde und keine Hilfe käme.

Florian kritisiert, dass Gruppen, die zu Wahlen antreten können oder wollen, ausgeschlossen werden sollen. Solange diese nicht verboten seien, wäre ein Ausschluss juristisch problematisch.

Leander erklärt, dass ein Entgegenstellen gegen eine eventuell zur Wahl antretende Junge Alternative nicht erst nach einem Verbot dieser stattfinden kann. Dass rechte Parolen auf den Campus geschmiert werden, zeige, dass Menschen sich bei der Äußerung dieser Meinungen sicher fühlen.

Die Antragsstellenden übernehmen Matthias' Änderungsantrag, in Punkt 7 „rechts“ zu „rechtsradikal“ zu ändern.

Die Antragsstellenden übernehmen Lea Änderungsantrag, bei Punkt 5 den Satz „Hierfür sollen u. a. Argumentationstrainings gegen rechte Parolen und Workshops, wie man als beobachtende Person in

kritischen Situationen eingreifen kann, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen angeboten werden. Weitere Workshops sollen anschließend entwickelt werden.“ hinzuzufügen.

Die Antragsstellenden übernehmen Pauls Änderungsantrag, bei Punkt 5 den Satz „Der Hochschulsport soll mehr Selbstverteidigungsworkshop anbieten. Dabei sollen auch diskriminierte Gruppen zielgruppenspezifisch angesprochen werden.“ hinzuzufügen.

Die Juso HSG zieht den Änderungsantrag zurück, Punkt 3 und 4 zusammenzuführen.

Der Änderungsantrag der Jusos zu Punkt 7 wird wie folgt von den Antragsstellenden geändert: „Die Hochschule schließt jede Zusammenarbeit mit der AfD und anderen rechtsradikalen Gruppierungen aus. Dabei gilt unter anderem eine partikuläre Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz und eine Nennung auf einer vom StuPa zu beschließenden und fortlaufend geführten Liste rechtsradikaler Akteure in der Stadt und darüber hinaus als Ausschlusskriterium zu beachten.“ Dieser Änderungsantrag wird von den Antragsstellenden übernommen.

Florians Änderungsantrag, im gesamten Antrag „rechts“ durch „rechtsextrem“ zu ersetzen wird mit 1/17/0 abgelehnt.

Der geänderte Antrag wird mit 17/1/0 angenommen.

*GO-Antrag von Paul auf 5 Minuten Pause. Keine Gegenrede.*

*Lilith verlässt um 19:23 Uhr die Sitzung. Das Studierendenparlament ist nun mit 17 Mitgliedern beschlussfähig.*

*GO-Antrag von Marcel, Simons Initiativantrag zu vertagen. Keine Gegenrede.*

Paul stellt folgenden Antrag vor:

Antragstitel:

Antragssteller: Paul Heinisch

Antragstext: „Da durch die Frist der Abgabe Termin immer auf den Beginn der Winterferien fällt und somit die letzten Tage der Frist die Uni abgeschlossen ist, beantrage ich die Frist von 28 auf 31 Tage zu ändern:

Paragraph 10:

(4) Die Wahlvorschläge sind bis zum 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 12 Uhr, beim Wahlausschuss einzureichen. Der Wahlausschuss ermöglicht das persönliche Einreichen von Wahlvorschlägen durch die Bekanntgabe von Abgabezeiten gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 6. Das Einreichen auf dem Postweg bei der Poststelle der Bergischen Universität Wuppertal ist zulässig. Ein Mitglied des Wahlausschusses nimmt die Wahlvorschläge am 31. Tag vor dem ersten Wahltag um 12 Uhr bei der Poststelle entgegen.

(5) Kandidierende können bis zum 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 12 Uhr, von ihrer Kandidatur zurücktreten. Der Rücktritt muss spätestens am 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 12 Uhr, beim Wahlausschuss schriftlich eingegangen sein.

(6) Wahlvorschläge, die bis zum 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 12 Uhr, eingereicht worden sind,

sind unverzüglich zu überprüfen. Entsprechen sie den Anforderungen dieser Wahlordnung nicht, so sind sie unter Angabe der Gründe unverzüglich zurückzugeben. Damit ist die Aufforderung verbunden, die Mängel bis zum 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 18 Uhr, zu beseitigen. Werden die



Mängel nicht bis zum 31. Tag vor dem ersten Wahltag, 18 Uhr, behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig.

(7) Die Wahlleitung gibt unverzüglich nach der endgültigen Prüfung der eingegangenen Wahlvorschläge gemäß § 10 Abs. 6 am 31. Tag vor dem ersten Wahltag die als gültig anerkannten Wahlvorschläge der Studierendenschaft bekannt.“

Der Antrag wird mit 18/0/0 angenommen.

Paul stellt folgenden Vorschlag zur Änderung der Sozialordnung vor:

„Wie im letzten StuPa besprochen wollen wir eine Zusatzklausel zur Praxis der Erlassung der Darlehen hinzufügen, damit das StuPa besser entscheiden kann ob diese Erlassungen rechters sind. Hierzu soll eine Stellungnahme des Sozialausschusses ins StuPa getragen werden.

§7 Stundung

(4)“Bei Niederschlagung oder Erlass von Darlehen nach § 20 HWVO soll die\*der Finanzreferent\*in einen entsprechenden Antrag an das Studierendenparlament vorbereiten. Diesem ist eine Stellungnahme des Sozialausschuss beizufügen, aus der hervorgeht, ob die Bedingungen für eine Niederschlagung oder einen Erlass nach § 20 HWVO erfüllt sind.““

Diese Änderung wird in den Sozialausschuss gegeben. Das Studierendenparlament gibt ein einstimmig positives Stimmungsbild zur geplanten Änderung ab.

#### **TOP 4 Berichte aus den Gremien**

Till berichtet aus dem AStA. Der sogenannte Roll-Over-Plan wurde in Bewegung gebracht. Dabei soll das Mobiliar in den AStA-Büros über einige Jahre hinweg abgeschrieben werden. Das soll die Haushalte, in denen neues Mobiliar angeschafft wird, entlasten.

Es gab vermehrt rassistische Übergriffe auf migrantisch gelesene Studentinnen. Ähnliches ist auch im Umfeld der Uni geschehen. Der AStA befürchte, dass die Universitätsleitung diese Taten als nicht in ihren Aufgabenbereich fallend sieht. Deswegen wurde der Oberbürgermeister zu einem Gespräch mit der Universität und dem AStA eingeladen.

Der Fairteiler ist wieder in Betrieb.

Im WC mit Pissoir wurde im Rahmen einer Party mit Lackstiften verschönert wurden. Das wird jetzt gereinigt, die Universität trägt diese erste Reinigung. Sollte eine solche Reinigung wieder nötig werden, wird die Studierendenschaft die Kosten tragen müssen.

*Kai verlässt die Sitzung um 19:46 Uhr. Das Studierendenparlament ist jetzt mit 16 MdSP beschlussfähig.*

Lea berichtet, das autonome feministische Referat für FLINTA habe sich mit Frau Hummel und Frau Potenza zusammengesetzt, um über die Stalking Problematik zu sprechen. Es handle sich nicht mehr nur um Einzelfälle, Menschen fühlten sich unwohl. Das Referat hat seine Forderungen weitergegeben. Frau Hummel möchte einbezogen werden. Lea plädiert dafür, die heute beschlossenen Resolutionen zu im Senat mehrheitsfähige Resolutionen umzuformulieren.

*Till und Alexander verlassen um 19:51 Uhr die Sitzung. Das Studierendenparlament ist jetzt mit 15 MdSP beschlussfähig.*

Joshua berichtet von der Sitzung der ZQVK. Es ging um den Zentralfonds Lehre. Die Bearbeitung der Anträge soll verändert werden. Die Studierenden übernehmen (wie in vielen Senatskommissionen) sehr viel Arbeit, die Forderung nach Sitzungsgeld für Studierende wurde wieder laut. Um die Studierenden zu entlasten, wurde eine Antragsberatungsgruppe gegründet.

Die Fakultät 3 versucht, auf Klausuren keine Namen einzutragen, um Diskriminierung aufgrund des Namens zu verhindern.

Marcel ergänzt, dass die Stellen, die Studierende oft haben, wegen der Beschränkung der finanziellen Mittel für diese, naturgemäß auf ein Jahr beschränkt sind.

#### **TOP 5 Hochschule und Hochschulpolitik**

Lea berichtet, dass es eine Umfrage zur Bibliothek gibt (z. B., ob man sich dort sicher fühlt). An Menschen, die etwas zu sagen haben, soll das weitergeleitet werden.

#### **TOP 6 Termine und Sonstiges**

|                   |   |
|-------------------|---|
| 11.12.2024        | Uni-Weihnachtstag (Weihnachtsessen in der Mensa, Weihnachtsmarkt) |
| 12.12.2024        | AStA-Weihnachtstrash  |
| 13.12.2024        | Burak Yilmaz zu Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus     |
| 07.01.2025        | Kickoff zum Leitbild Lehre  |
| <b>08.01.2025</b> | <b>18 Uhr StuPa-Sitzung</b>                                       |
| 14.01.2025        | Letzter Termin der Ringvorlesung                                  |
| <b>29.01.2025</b> | <b>Senatssitzung</b>  |

Die Sitzung des StuPas wird um 19:18 Uhr durch Matthias beendet.